

Facebookinitiative „Rettet das Hexbachtal“

Sprecherin: Kerstin Fänger / Nicole Lechtenberg

Die Präsidentin des Landtags NRW
Petitionsausschuss
Geschäftsstelle Petitionsreferat
Postfach 101143
40002 Düsseldorf
- per E-Mail -

Essen, 22.04.2016

Petition vom 06.03.2016; Ihr Geschäftszeichen: I.3/16-P-2016-13487-00 Drohende Aufgabe des Landschaftsschutzes im Hexbachtal, Gebiet „Im Fatloh/Im Wulve“ (ehemalige Ziegelei Schacht Kronprinz)

Sehr geehrte Präsidentin des Landtags,
Sehr geehrte Damen und Herren,

wir nehmen Bezug auf die im Betreff angegebenen vorliegende Petition und möchten uns dieser anschließen.

Direkt nach Bekanntwerden der Pläne zur Bebauung des Landschaftsschutzgebiets im Hexbachtal haben wir die Facebookinitiative „Rettet das Hexbachtal“ gegründet. Da es bei den Anwohnern eine erhöhte Sensibilität gibt, was die Pläne der Stadtverwaltung zur Bebauung dieses Gebietes angeht, erreichten wir in kürzester Zeit eine Mitgliederstärke von über 2200 Mitgliedern. In enger Zusammenarbeit mit der BI „Landschaftsschutzgebiet Hexbachtal“ sammelten wir in einem Zeitraum von vier Wochen über 7500 Unterschriften (Anlage A) gegen den erneuten Versuch der Bebauung.

Das hohe Öffentlichkeitsinteresse dieses Naherholungsgebiet im Landschaftsschutz nicht zu zerstören, begründet sich in den vielen Versuchen seitens der Stadtverwaltung in den letzten Jahrzehnten, an das begehrte Bauland zu kommen (Anlage B). Zuvor gab es verschiedenste Versuche dieses Landstück zu erschließen und auch dieses Mal entsteht bei uns Bürgern der Eindruck, dass eine politische Lage ausgenutzt werden soll.

Im Essener Norden gibt es schon jetzt sehr wenig Grünflächen. Das Hexbachtal im Essener Nordwesten ist das einzige Naherholungsgebiet (Anlage C) im Landschaftsschutz im Norden der Stadt und liegt somit in reizvoller und inzwischen teurer Lage. Entsprechend begehrt sind hier freie Grundstücke zur Bebauung. Nachdem die letzte Schule hier im Stadtteil 2010 geschlossen wurde, sind auf diesem Gebiet sehr hochpreisige (500 € qm²) Einzel- und Doppelwohnhäuser entstanden. Einen Ersatz gibt es für diese Schule nicht, genauso wenig wie einen Ortskern mit Infrastruktur.

Am 02.02.2016 hat der Landschaftsbeirat der Stadt Essen den Bau von Flüchtlingsunterkünften in dem Landschaftsschutzgebiet der Fläche der ehemaligen Ziegelei Schacht-Kronprinz (Im Fatloh/Im Wulve) eine Absage erteilt (Anlage D). Mit breiter Mehrheit verweigerte das Gremium einer Befreiung aus dem Landschaftsschutz seine Zustimmung. Die Fläche wurde vor 15 Jahren mit 15.600 Eichen (jetziger Wert: 3,9 Millionen) aufgeforstet und dient als Ausgleich für eine Wohnbebauung an der Lierfeldstrasse in Altenessen. Zudem dient das Hexbachtal laut Klimagutachten als wichtige Kaltluftaustauschbahn für die umliegenden Stadtteile. Auch eine Artenschutz- bzw. Umweltverträglichkeitsprüfung hat bis jetzt nicht stattgefunden. Uns stellt sich die Frage, aus welchem Grund diese wichtigen Punkte, angesichts der klimatischen Entwicklung, völlig ignoriert werden? Und das obwohl der Umweltminister Herr Remmel mit dem Kabinett am 17.02.2016 einen Entwurf für ein neues, verschärftes Landes-Naturschutzgesetz verabschiedet hat? Die Planungen der Stadt unterlaufen demnach die Klimaschutzziele des Landes.

Es wird außerdem auch weiterhin auf die Dringlichkeit in Bezug auf die ankommenden Flüchtlinge hingewiesen? Die Landeseinrichtungen stehen teilweise fast leer und alle anderen Städte fahren ihre Pläne für neue Unterkünfte zurück. Aber wegen der Menge an ankommenden Flüchtlingen hat die Stadt Essen keine Wahl und möchte 2 ha eines Landschaftsschutzgebiets bebauen? Am

Rande eines Stadtteil der keine Infrastruktur aufweist und nach dem Flächennutzungsplan bisher ausschließlich für Ein- und Doppelhäuser vorgesehen ist? Trotz der Tatsache das der regionale Flächennutzungsplan nach eigener Auskunft der Stadt 100 ha Wohnbaureserven aufweist? Davon sind nach regionalen Flächennutzungsplan 45 ha Brachflächen. Diese Planung der Stadtverwaltung scheint aus einer Zeit zu stammen, in der man sich über die negativen Auswirkungen solcher Einschnitte in die Umwelt noch nicht bewusst war.

Wir fragen uns, welche Interessen hier von wem und aus welchen Motiven verfolgt werden. Ginge es nämlich tatsächlich im Bezirk Bedingrade/Schönebeck nur um die Unterbringung von Flüchtlingen, würde die von dem CDU Ratsherren Klaus Dieckmann (Anhang E) vorgeseschlagene Gewerbefläche im selben Bezirk zur Bebauung sofort zur Verfügung stehen. Im Gegensatz zur Fläche „Im Fatloh/Im Wulve“ (Anhang F) im LSG wäre diese nämlich bereits erschlossen. Auf Nachfrage beim Eigentümer hin steht fest, dass die im Gewerbegebiet liegende Fläche der Stadt nicht nur zur Pacht sondern mittlerweile auch zum Kauf angeboten wurde. Die Fläche eignet sich für eine Bebauung mit mobilen oder festen von der Stadt bereits geprüften Holz-Flüchtlingsunterkünften für bis zu 700 Flüchtlingen, bei lockerer Bebauung für bis zu 400, ohne dass gem. § 246 Abs. 12 Nr. 1 BauGB ein B-Plan erstellt werden müsste. Die Stadt hätte aber auch dann drei Jahre Zeit, um einen B-Plan zur langfristigen Wohnbebauung oder zur gewerblichen Nutzung aufzustellen.

Zu bedenken ist auch, dass zur Zeit in größerer Anzahl ehemals industriell genutzte Flächen zur Verfügung stehen. In der Vergangenheit sind solche Flächen auch wiederholt zu Wohngebieten umgewidmet und verwertet worden. Im Übrigen würde die kurzfristige Zuführung dieser Flächen einer neuen Nutzung und deren Resterschließung auch später planerisch und städtebaulich sinnvoll sein. Dies gilt umso mehr, wenn man bedenkt, dass auch nur vorübergehend wohnbaulich genutzte Flächen ökologisch nachhaltig zerstört werden. Auch bei steigenden Flüchtlingszahlen muss die Stadtentwicklung nachhaltig bleiben (Anlage G).

Nun erhielten wir davon Kenntnis, dass die Stadt Essen intern weiterhin an einer anschließenden Wohnbebauung im Landschaftsschutzgebiet „Im Fatloh/Im Wulve“ festhält, obwohl Herr Christian Kromberg (CDU) öffentlich den Bürgern versicherte, dass der Plan zur weiteren Wohnbebauung verworfen und eine Renaturierung erfolgen würde. Dies bestätigte der Oberbürgermeister Thomas Kufen (CDU) in einem persönlichen Gespräch auch der „BI Landschaftsschutzgebiet Hexbachtal“.

Uns drängt sich jetzt noch mehr der Gedanke auf, dass hier kurzfristiges Profitinteresse hinter dem vorgeschobenen Grund des humanitären Notfalls, über das langfristige Gemeinwohl der Bürger Essens gestellt wird (Anlage H). Wie ist sonst zu erklären, dass bei sinkendem Flüchtlingsstrom die Stadt Essen **am 27.04.2016** (Anlage I) eine Dringlichkeitsentscheidung bzgl. unseres Landschaftsschutzgebiets „Im Fatloh/Im Wulve“ treffen möchte?

Es ist kaum vorstellbar, dass die Stadt Essen ihren Bürgern den Nachweis erbringen kann, dass notwendigerweise ein langgeschütztes Landschaftsschutzgebiet mangels Alternativen zerstört werden muss. Aus diesem Grund laufen unserer Ansicht nach Bebauungsplanungen mit Hochdruck weiter. Möchte die Stadt Essen hier umgehend Fakten schaffen, da die Argumentationslage für eine hochnotwendige Bebauung aufgrund der Flüchtlingskrise zunehmend mehr als fragwürdiger wird?

Viele offene Fragen und eine intransparente, den Bürgern nicht nachvollziehbare Vorgehensweise. Wir hoffen darauf, dass der Landschaftsschutz hier im Stadtteil weiter gewahrt bleibt und bitten daher um die dringliche Behandlung der **Petition vom 06.03.2016**.

Mit freundlichen Grüßen
Kerstin Fänger und Nicole Lechtenberg

Bürgerinitiative „Rettet das Landschaftsschutzgebiet Hexbachtal“
Sprecher: Reinhard Stute
Rappenweg 74
45359 Essen
E-Mail: rstute@gmx.net

Die Präsidentin des Landtags NRW
Petitionsausschuss
Geschäftsstelle Petitionsreferat
Postfach 101143
40002 Düsseldorf

Essen, den 12.4.2016

**Drohende Aufgabe von Landschaftsschutzgebieten in Essen
Petition vom 7.3.2016; Ihr Geschäftszeichen: I.3/16-P-2016-13487-00**

Sehr geehrte Präsidentin des Landtages,
Sehr geehrte Damen und Herren,

wir nehmen Bezug auf die bereits bei Ihnen unter im Betreff angegebenen
Geschäftszeichen vorliegende Petition.

Die Bürgerinitiative „Rettet das Landschaftsschutzgebiet Hexbachtal“ schließt sich
dieser Petition an und macht sich die vorgetragenen Argumente vollumfänglich zu
Eigen.

Aus der lokalen Presse haben wir erfahren, dass unserer Alternativvorschlag - eine
bereits erschlossene und versiegelte Fläche an der Heißener Straße (im gleichen
Stadtbezirk gelegen) - abgelehnt wurde.

Stattdessen hält die Stadt Essen an Ihren ursprünglichen Bebauungsplänen der
Fläche Im Fatloh / Im Wulve im Landschaftsschutzgebiet Hexbachtal fest.

Der §246 BauGB wird nach unserer Ansicht hierbei von der Stadt Essen
missbraucht, um die Ausweisung neuer Baugebiete in Landschaftsschutzgebieten zu
ermöglichen.

Die Stadt Essen gibt Ihrerseits vor, dass Sie im öffentlichen Interesse handelt.

Gegen die Bebauungspläne haben allein bei der Initiative „Rettet das
Landschaftsschutzgebiet Hexbachtal“ über **7.500 Bürgerinnen und Bürger**
innerhalb eines kurzen Zeitraums ihre Stimme abgegeben.

An einer Protestaktion vor Ort beteiligten sich ebenfalls **1.500 empörte Bürger**, die
ihren Unmut über die Bebauungspläne der Stadt äußerten.

Hier wird das wirkliche öffentliche Interesse deutlich.

Dass es sich bei dieser Fläche um einen Teil des **Grünzugs B** und damit Teil eines wichtigen Freiraum- und Grünverbund-Systems in Nord-Süd-Richtung zwischen den Städten des Ruhrgebietes mit Klima-Ausgleichsfunktion (Kaltluftbahn) handelt scheint die Stadt Essen ebenfalls nicht zu Interessieren.

Die betroffene Fläche wird als ehemalige Ziegelei Schacht Kronprinz bezeichnet. Hierbei ist ausschließlich der Standort der ehemaligen Ziegelei gemeint. Alte Gebäudereste sind nicht mehr vorhanden. Das gesamte Grundstück besteht fast vollständig aus Wald und ist Bestandteil des Landschaftsschutzgebietes.

Um ein Bild von dieser schützenswerten Fläche im Hexbachtal und von der schon teilerschlossenen Alternativfläche an der Heißenerstrasse zu erhalten, schlägt die Bürgerinitiative einen Besichtigungstermin vor Ort vor.

Es vergeht kaum ein Tag an dem nicht über eine Naturkatastrophe in den Medien berichtet wird. Ein Sturm wie Ela, der Essen extrem getroffen hat und wie prophezeit sicherlich kein Einzelfall bleiben wird, macht deutlich wie wichtig Klima- und Umweltschutz ist.

Die durch den Minister für Umweltschutz Hn. Remmel eingebauchte Gesetzesinitiative, die zu einer Verschärfung des Naturschutzgesetz führen soll, lässt erkennen, wie wichtig der Schutz von Boden, Klima und Arten ist.

Die Bürgerinitiative „Rettet das Landschaftsschutzgebiet Hexbachtal“ hat sich gebildet um die Zerstörung eines Landschaftsschutzgebietes zu verhindern. Sie handelt im Auftrag einer großen Anzahl von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern, denen der Erhalt von Grünflächen wichtig ist.

Zur Verdeutlichung dieses Anliegens lassen wir Ihnen hiermit die Unterschriftenlisten per Post zukommen.

**Die Planungen der Stadt laufen mit großem zeitlichem und politischem Druck:
Der Rat hat bereits beschlossen. Der Beginn der Rodung könnte kurzfristig erfolgen.
Wir bitten daher um dringliche Behandlung unserer Petition.**

Mit freundlichen Grüßen

Reinhard Stute